

Bedarf und Bedarfsdeckung aus der Sicht der Industrie

Dr. Thomas Reimer, Wiesbaden

Vortrag bei der Tagung „Nachhaltige Entwicklung und Abgrabungen“
der Natur- und Umweltschutzakademie NRW am 18.3.2005 in Anröchte

Nach dem LEPro NRW sind Abgrabungsgebiete in Abhängigkeit von der Entwicklung des Rohstoffbedarfs fortzuschreiben. Aber was ist dieser Bedarf und wie erfasse ich ihn eigentlich? Vereinfacht möchte ich sagen: Da kein Unternehmer mehr abbauen wird, als er verkaufen kann (er kann es sich nicht leisten, Geld auf Halde zu legen) und kein Verbraucher sich aufgrund irgendeiner Modeerscheinung z. B. 2 Tonnen Splitt in den Garten legen wird, nur um den Nachbarn zu imponieren, entspricht der Bedarf derjenigen Menge an Rohstoffen, die am Markt abgesetzt werden kann und von denen sich niemand mehr als unbedingt nötig kaufen wird. Und dieser Bedarf unterliegt allen Schwankungen, denen eben dieser Markt unterworfen ist und ist entsprechend schwer vorauszusagen.

Diese Definition ist sicherlich für all jene unbefriedigend, die für die Zukunft gerne alles ganz genau berechnet sowie ge- und verplant hätten. Aber kennen Sie selbst Ihren eigenen Bedarf? Nach durchaus realistischen Statistiken hat, wenn ich für das Auditorium hier ein mittleres Alter von 50 Jahren annehme, jeder von Ihnen bereits insgesamt etwa 470 t nicht-energetische Rohstoffe verbraucht und Sie werden bis zu Ihrem mittleren statistischen Ableben mit 78 Jahren noch Bedarf für weitere 260 t haben. Sie haben dann insgesamt etwa 730 t verbraucht oder, anders gerechnet, etwa 25 kg pro Tag und das ist genau die Menge in diesem Plastiksack voll Kies. Sie werden jetzt vielleicht Ihre Hände in Unschuld waschen wollen und sagen: „Ich war's nicht!“ Aber bedenken Sie, Sie sitzen hier in einem Gebäude aus Beton, auf der Herfahrt haben Sie Straßen benutzt, die gebaut wurden und die repariert werden, und selbst wenn Sie umweltbewusst mit der Bahn kamen, so fuhren Sie auf einer Schotterstrecke oder vielleicht sogar auf einer modernen Bahnstrecke mit fester Fahrbahn aus Beton. Und schauen Sie mal nach draußen, dann blicken Sie durch verarbeitete nicht-energetische Rohstoffe hindurch, nämlich Glasscheiben, die immerhin etwa 8 kg Kalkstein pro m² enthalten. Und dieses Glas ist charakteristisch für die Mineralien der Steine-und-Erden. Man sieht sie nicht immer, sie sind aber überall vorhanden und aus dem täglichen Leben nicht wegzudenken.

Ihr persönlicher täglicher Bedarf von etwa 25 kg nicht-energetischer Rohstoffe lässt sich kurz- bis mittelfristig also nicht wegdiskutieren. Und das immer wieder als Lösung angeführte Recycling von Bauabfällen hilft auch nicht weiter. Von den jährlich anfallenden 77 Mio. t werden bereits 54 Mio. t wiederverwertet. Und die bisher trotz aller Anstrengungen noch nicht wiederverwendete Menge entspricht für Sie persönlich gerechnet nur etwa 0,8 kg täglich und damit nur etwa 3 % ihres Bedarfs.

In der Bedarfsdiskussion haben sich in letzter Zeit zwei Ansätze herauskristallisiert, der angebotsorientierte und der nachfrageorientierte. Bei dem angebotsorientierten Bedarfsberechnungsansatz „wird der Rohstoffverbrauch eines Wirtschafts- bzw. Planungsraumes unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bzw. der Entwicklung der rohstoffnachfragenden Branchen und der sonstigen, den Absatz bestimmenden Entwicklung/Veränderung der Nachfrageparameter fortgeschrieben. Zur Verfeinerung der Ergebnisse werden zusätzlich weitere, den Rohstoffverbrauch beeinflussende Parameter wie Rohstoffimport bzw. Rohstoffexport oder Einsatz von Recyclingmaterialien mit eingerechnet.“ Dieser Ansatz wird als „unternehmensunabhängig“ bezeichnet, das soll wohl heißen „wertneutral“ und nicht durch die Abgrabungsindustrie gefärbt. Erstaunlicherweise beruht dieser angebotsorientierte Ansatz übrigens auf der Erfassung der Nachfrage! Hier ist nicht nur der gedankliche Ansatz sondern auch die volkswirtschaftliche Nomenklatur mehr als fraglich.

Aber wer soll da eigentlich durch wen befragt werden? Etwa nur die IHK's und die Handwerkskammern, Industrieverbände oder Behörden? Und wer sagt die Mengen für die kommenden Jahre voraus, etwa eine neu zu schaffende Planungsbehörde? Wie soll das überhaupt ohne eine höchst aufwändige Befragung der jeweils lokal aktiven Abgrabungsunternehmen gehen? Die müssten dann z. B. bei jedem Kunden erfragen, was er mit dem Material machen will, ob er es etwa über die Grenzen des Planungsraums „exportiert“. Und wie wollen Sie denn die Importe in einen Planungsraum hinein erfassen? Soll jeder Verbraucher seinen Lieferanten fragen, wo das Material herkommt? Da würde doch eine riesige Welle von Verwaltungsaufwand auf uns zu rollen, etwa eine „Rohstoffbedarfsvoraussageerfassungsverordnung“. Eine RoB-VERVO?

Das zweite Verfahren zur Ermittlung des Bedarfs ist der so genannte „nachfrageorientierte Berechnungsansatz“. Bei diesem wird „mittels Firmenbefragung ... der bisherige, derzeitige und künftige Rohstoffverbrauch sowie die in Aussicht genommenen (bekannten) weiteren Lagerstättenpotentiale erhoben. ... Auf diese Weise wird der Rohstoffbedarf aus der konkreten Nachfragesituation der Rohstoffindustrie abgeleitet.“ Diesem Verfahren wird häufig der Vorzug gegeben, obwohl es aus mancher Ecke als „Bedarfsermittlung auf Zuruf“ kritisiert wird. Es stellt sich aber die Frage, warum, wenn es angeblich „keinen Königsweg der Bedarfsberechnung“ gibt, überhaupt erst ein Gegensatz zu einer unrealistischen Vorgehensweise aufgebaut wird. Es besteht hier die Gefahr, dass ein Vorschlag wie der angebotsorientierte Berechnungsansatz, ist er erst einmal auf dem Tisch, sehr schnell ein Eigenleben entwickelt und nur schwer wieder herunter zu holen sein wird. Sie erinnern sich doch noch an das Gedicht vom Zauberlehrling?

Da ist nun also unser statistischer Verbrauch von etwa 25 kg nicht-energetischer Rohstoffe pro Tag und den werden auf absehbare Zeit auch keine Gutachten nennenswert reduzieren können wie das vor einigen Jahren vorgelegte, das bis zum Jahr 2040 eine Reduktion des Verbrauchs an Baurohstoffen um etwa 60 % voraussagte. Andere Gutachten gehen sogar von einer Reduzierung des Rohstoff- und Energieverbrauchs um 80 – 90 % bis zum Jahr 2050 aus. Solche Vorhersagen mittels linearer Fortschreibung irgendwelcher Faktoren sind etwa so realistisch wie jene Notiz in der Londoner *Times* von 1894, in der ein Autor der Befürchtung Ausdruck gab, dass wegen der großen Zahl von Pferden auf den Straßen der Stadt bei einer weiteren Zunahme der Pferdepopulation in etwa 50 Jahren alle Straßen unter etwa 9 Fuß (2,7 m) Pferdemist begraben sein würden.

Wie können wir nun diesen nicht genau prognostizierbaren Bedarf an nicht-energetischen Rohstoffen decken? Hier sei ein unverfängliches Zitat angeführt, das dem Bericht der Enquete-Kommission „*Konzept Nachhaltigkeit*“ des Bundestags von 1998 vorangestellt ist:

**„Man kann nicht in die Zukunft schauen,
aber man kann den Grund für etwas Zukünftiges legen
- denn Zukunft kann man bauen.**

Er stammt von dem französischen Schriftsteller Antoine de Saint-Exupéry und ich möchte ihn erweitern um: „**und sollte sie nicht verbauen**“.

Bei der Frage der Bedarfsdeckung sollten wir unterscheiden zwischen der kurz- bis mittelfristigen Deckung, die meist den einzelnen Unternehmer betrifft, und der langfristigen Deckung, die die Gesellschaft selbst betrifft. Leider ist letztere sich darüber allerdings nicht im Klaren oder will es anscheinend überhaupt nicht wissen. Den Kopf in den Sand, aber der muss normgerecht 0-2a sein!

Die kurz- bis mittelfristige Sicherung wird vornehmlich im Rahmen der laufenden oder geplanten Genehmigungsverfahren stattfinden können. Wie zeit- und kostenintensiv heutzutage Genehmigungsverfahren sind und wie viele Einspruchs- und Verhinderungsmöglichkeiten Sie einerseits haben oder andererseits befürchten müssen, ist Ihnen allen hinlänglich bekannt. Der angeblich „ungebremste Trend zum Flächenfraß“ oder die angeblich bisher so „leichtfertig unbegrenzt zur Verfügung gestellten Abbauflächen“, von denen die SPD-Fraktion im Regionalrat Düsseldorf im Mai 2003 sprach, sind eine Chimäre, denn die Kosten für ein Genehmigungsverfahren können heute sehr schnell in die Millionen gehen und niemand wird unnötigerweise einen Abgrabungsantrag stellen. Ich möchte hier den Fall eines deutschen Zementwerkes nennen, bei dem für die Antragsunterlagen für eine Steinbruchserweiterung über 750.000 € aufgewendet werden mussten, oder den eines neuen Kalksteinbruchs, bei dem dafür 350.000 € erforderlich waren, und das jeweils ohne die zusätzlich erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und ohne eine anfängliche Garantie für die spätere Erteilung einer Genehmigung.

Aufgrund dieser Tatsache werden übrigens die bei manchen so beliebten Konzentrationszonen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe spätestens mittelfristig von ganz alleine kommen, weil nur noch die großen Unternehmen das Risiko dieser Kosten auf sich nehmen können und die kleinen eben nicht mehr. Ob dieser Effekt aber den Anliegern einer solchen Konzentrationszone sehr viel Freude machen wird, lasse ich hier einmal dahingestellt.

Ein immer wieder vorgeschlagener Weg zur Bedarfsregulierung sind Zwangsmaßnahmen, um den Verbrauch zu senken. So verlangte die SPD-Fraktion in dem erwähnten Beitrag: „Um dem Nachhaltigkeitspostulat Rechnung zu tragen, darf in Zukunft die Ausweisung von Lagerstätten und Abgrabungsbereichen nicht nur unter dem Aspekt des Bedarfs für Wirtschaft und Bevölkerung erfolgen.“ Es wird dort auch von verordneten „Reduktionsquoten je nach Rohstoffart“ gesprochen und es heißt weiter: „Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dann, wenn Sekundärrohstoffe für eine bestimmte Verwendung vorhanden sind, der Einsatz von Primärrohstoffen ausgeschlossen wird.“ Soll das auch gelten, wenn der Sekundärrohstoff dann von dem einen Ende eines Planungsbezirks an das andere gekarrt werden muss? Oder soll das etwa landesweit gelten?

Und dann heißt es noch: „Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass von einer jährlichen Reduktionsmöglichkeit von 4 – 6 % durch technologische Innovation ausgegangen werden kann.“ Wenn technologische Innovationen kommen, dann werden sie sich sehr schnell von ganz alleine durchsetzen und sollte durch eine bestimmte Innovation der Verbrauch an Baurohstoffen gesenkt werden können, dann wird eben weniger abgebaut! Aber eine „per ordre de Mufti“ vorgeschriebene Innovationsrate ist doch sehr illusorisch! Und eine in diesem Zusammenhang unrealistische lineare Fortschreibung von hypothetischen Faktoren für die gesamte Industrie wird auch nicht dadurch besser oder erhält Enzyklikacharakter, dass sie von einem renommierten Umweltinstitut oder einer kirchlichen Stelle stammt. Dazu kommt noch, dass sich in dem Gutachten, aus dem obige Zahlen stammen, keinerlei Hinweise darauf finden, wie sie denn zustande gekommen sind.

Bei all diesen Diskussionen um den kurz- bis mittelfristigen Bedarf (gewissermaßen das Hemd) wird meist übersehen, dass der Rock, nämlich die langfristige Sicherung von Lagerstätten, insbesondere unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, von sehr viel größerer Bedeutung ist. Gerade hier besteht wirklich die Gefahr, dass wir uns und noch viel mehr den zukünftigen Generationen, um deren Wohl wir uns ja angeblich sorgen, etwas verbauen. Es war sicher nicht sinnvoll, wie im Entwurf des LEP V vor Jahren geschehen, weite Teile des Landes als potentielle Lagerstätten ausweisen zu wollen. Aber wir sollten auch nicht die Augen vor der Tatsache ver-

schließen, dass Lagerstätten nun einmal ortsgebunden sind. Wir können sie nicht einfach dahin verschieben, wo wir sie gerne hätten.

Lassen Sie uns alle zusammen für dies Bundesland ein verbindliches Inventar der wichtigen Lagerstätten zusammenstellen (der Geologische Dienst des Landes hat hier schon beste Vorarbeiten geleistet) und diesen einen klar definierten rechtlichen Schutzstatus verleihen, damit auch die Lagerstätten aufgrund der entsprechenden Karten in Abwägungsprozessen unter angemessener Berücksichtigung ihrer Bedeutung gewürdigt werden müssen. Alle anderen Ansprüche an den Raum wie z. B. Gewässerschutz, Naturschutz, Erholungsnutzung usw. verfügen ja schon seit Jahrzehnten über rechtsverbindliche und gesellschaftlich akzeptierte Sicherungsmechanismen, nur nicht der Abbau oberflächennaher Rohstoffe. Als Vertreter der Rohstoffgewinnenden Industrie fühle ich mich manchmal fast als Schmuttelkind, das zwar alle „irgendwie“ brauchen, mit dem aber keiner gesehen werden will. Ohne eindeutige Kartendarstellung ist aber ein effizienter Schutz von Lagerstätten nicht möglich. Ihre textliche Erwähnung in irgendwelchen Planerläuterungen hat lediglich Alibifunktion.

Und es sind gerade die Rohstoffe, die für die so oft totgesagte „old economy“ unersetzlich sind. Die viel gepriesene „new economy“ wird nicht die Anzahl von Arbeitsplätzen liefern, die wir benötigen, um als Gesellschaft zu überleben. Von wo soll den sonst das Geld zum Erwerb all der versprochenen wunderbaren Dienstleistungen kommen? Mal abgesehen davon, dass wir nach den Ergebnissen der Pisa-Studie ohnehin nicht über all die kleinen Einsteins verfügen, die für die „new economy“ eigentlich erforderlich wären. Und damit hat Lagerstättensicherung auch einen sozialen Aspekt, wie die Tarifpartner der Zementindustrie in einer gemeinsamen Erklärung zur Nachhaltigkeit hervorgehoben haben.

Werden die ortsgebundenen Vorkommen oberflächennaher Rohstoffe nicht in Abwägungsprozesse einbezogen, so kann es schließlich durchaus dazu kommen, dass mittelfristig die Lagerstätten für einen bestimmten Rohstoff abgebaut und andere, potentiell geeignete Lagerstätten durch andere Nutzungen ein für alle Mal blockiert sind. Und das nur, weil diese Bereiche nicht auf einer rechtsverbindlichen Karte verzeichnet waren und bei der Abwägung anderer Raumansprüche nicht gebührend

berücksichtigt werden mussten. Die einfache Ausweisung auf einer Karte bedeutet übrigens ja noch lange nicht, dass dort auch sofort ein tiefes Loch entsteht. Davor hat der Herr ja das Genehmigungsverfahren gestellt!

Ich bin übrigens in dieser Hinsicht garnicht so weit entfernt von den Ansichten des BUND, der zur Aufnahme in einen Landesraumordnungsplan die folgende Formulierung vorschlug: „Die mengenmäßig begrenzten, nicht vermehrbaren und standortgebundenen Rohstoffressourcen sind durch die Landes- und Regionalplanung so zu sichern, dass sie langfristig ausreichend zur Verfügung stehen.“ Und außerdem ist noch zu berücksichtigen, dass die vielleicht irgendwann einmal ausgewiesenen Flächen mit Lagerstätten ohnehin nur zu einem geringen Teil für den Abbau zur Verfügung stehen werden, denn nicht jeder Landwirt wird unbedingt seinen Acker an einen Kiesgrubenbesitzer verkaufen wollen oder an den Steinbruchbetreiber, mit dem seine Familie schon seit Generationen in Fehde liegt.

Und hier noch eine Bemerkung zu dem von einigen ins Feld geführten angeblich „ungebremsten Trend zum Flächenfraß“. Der Ausdruck klingt toll, hält aber für die Steine-und-Erden-Industrie einer Überprüfung nicht stand. Das Statistische Bundesamt hat für das Jahr 2001 für die Bundesrepublik eine Fläche von insgesamt 1.760 km² als „Abbauland“ ausgewiesen, entspr. etwa 0,5 % der Landesfläche. Dies umfasst allerdings alle un bebauten Flächen, die vorherrschend zum Abbau von Bodensubstanzen genutzt werden oder werden sollen, und nicht nur die Flächen aktiver Steinbrüche und Kies- oder Sandgruben. Außerdem sind in dieser Fläche die Abbaustellen für Braunkohle und Torf enthalten. In Bundesländern ohne Braunkohle- oder Torfabbau, wie z.B. Baden-Württemberg oder Bayern, liegen die Werte nur bei 0,1 – 0,3 % der Landesfläche. Die Steinbrüche der Zementindustrie nehmen davon insgesamt 24,6 km² in Anspruch.

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe hat dazu die im Jahr 2001 von der Stein-und-Erden-Industrie durch Abbau „verbrauchte“ Fläche berechnet und kam auf insgesamt 16,2 km², d.h. nur 0,0045 % der Landesfläche. Bei einer Untersuchung der Zementindustrie ergab sich im gleichen Jahr, dass etwa 70 % aller ihrer Steinbrüche auf landwirtschaftlichen Flächen angelegt worden waren, dass aber im Gegenzug 53,7 % der stillgelegten Flächen dem Naturschutz zugeführt wurden.

Bei uns wurden im Verlauf der letzten 11 Jahre jährlich durchschnittlich etwa 25 ha neu erschlossen und 20 ha rekultiviert. Der Netto-Verbrauch von 5 ha jährlich beruht im Wesentlichen auf zwei Neuaufschlüssen. Wer da von nicht zu verantwortendem Landschaftsverbrauch durch die Steine-und-Erden-Industrie redet, sollte sich bitte zunächst die Fakten anschauen.

Der Abbau von Rohstoffen ist übrigens ein Kostenfaktor und den wird jeder Unternehmer so weit wie möglich zu minimieren versuchen, sei es durch eine möglichst komplette Nutzung der abgebauten Materialien oder, wie im Fall der Zementindustrie, durch den Einsatz von Sekundärstoffen aus der Industrie, die sonst deponiert werden müssten. In der Zementindustrie wurden im Jahr 2000 insgesamt etwa 1,5 Mio. t natürliche Rohstoffe durch Sekundärrohstoffe wie Kalkschlämme aus der Trinkwasseraufbereitung, Gießereialtsande oder Stahlwerksstäube eingesetzt. In der Zementmahlung werden jährlich etwa 4,3 Mio. t Klinker durch Hüttensand aus der Eisenverhüttung ersetzt. Der unter hohem Energieaufwand erzeugte Klinker wird außerdem in Mischzementen durch Rohstoffe wie Kalkstein, Trass oder gebrannten Ölschiefer ersetzt. Und Flugasche aus Steinkohlekraftwerken ersetzt bei der Betonherstellung teilweise den Zement. Von den in Deutschland jährlich anfallenden 4 Mio. t Flugasche werden etwa 98 % dadurch sinnvoll weiterverwendet. Der Einsatz von Sekundärbrennstoffen, die sonst wahrscheinlich deponiert werden müssten, ist ein weiterer Schritt der Zementindustrie zur Schonung natürlicher Ressourcen. Hier wird also durchaus umweltschonend im Sinne der Nachhaltigkeit gearbeitet - der ökonomische Aspekt unterstützt den ökologischen. Die beiden müssen sich nicht widersprechen!

Sie werden sich vielleicht fragen, warum denn die Industrie immer von der großen Bedeutung einer langfristigen Planungssicherheit redet. Wir benötigen so lange Zeiträume, weil unsere Investitionen in Größenordnungen liegen, die nur über solche Zeiträume abgeschrieben werden können. Für eine Tonne neuer Zementproduktionskapazität müssen wir heute etwa 250 € aufwenden. Wollten wir also z. B. einige alte, kleinere Klinkeröfen durch einen großen effizienteren Ofen von z.B. 1,5 Mio. t Jahreskapazität ersetzen, so wären für das entsprechende neue Werk insgesamt etwa 375 Mio. € erforderlich, d.h. mehr als das Fünffache des Jahresumsatzes.

Und selbst wenn nur die komplette Ofenanlage erneuert wird, wie bei uns vor einigen Jahren in Lengerich, sind immer noch etwa 125 Mio. € erforderlich.

Und um diese Beträge wieder zu verdienen, müssen wir eben mit Amortisationszeiträumen von bis zu 40 Jahren rechnen. Daher muss die Verfügbarkeit entsprechend großer Rohstoffvorräte vor einer Investition eindeutig gesichert sein. Für Kiesgruben oder Natursteinbrüche sind die entsprechenden Investitionen zwar geringer, so aber auch die Erlöse. Und so benötigt auch diese Branche lange Zeiträume zur Amortisation ihrer Investitionen. Im Lichte dieser Situation kann ich die in NRW geführte Diskussion um Planungszeiträume von 2 x 15 statt 2 x 25 Jahren nicht verstehen. Und ich vermag auch nicht zu erkennen, warum 15 gesicherte Jahre so viel besser sein sollen als 25. Das sind doch nur Scheingefechte, die am wirklichen Problem, der langfristigen Sicherung, meilenweit vorbeigehen, bzw. diese eigentlich aushebeln wollen. Der ökonomische und damit auch der soziale Aspekt der Nachhaltigkeit wird hier eindeutig - und wohl leider auch bewusst - ignoriert.

Zusammenfassend möchte ich vorschlagen: Lassen Sie uns den direkten kurz- bis mittelfristigen Bedarf an nicht-energetischen Rohstoffen weiter im Rahmen der bestehenden Genehmigungspraktiken berücksichtigen, aber lassen Sie uns gemeinsam das Postulat der Nachhaltigkeit durch verbindliche Ausweisung von Lagerstätten in den entsprechenden Planungsunterlagen ohne einschränkende Zeiträume befolgen, die ohnehin nur sehr schwer nachvollziehbar sind. Die Rohstofflagerstätten in unserem Land werden auch in 50 oder 100 Jahren noch Lagerstätten sein.

Unser Hauptproblem liegt eindeutig in der langfristigen Sicherung der Lagerstätten! Wir müssen dazu den heute in unserer Gesellschaft so tief verwurzelten „horror vacui“, die „Angst vor dem Loch“, überwinden. Man bekommt manchmal den Eindruck, dass in Planungsgremien die Angst grassiert, dass sofort nachdem man dort eine Lagerstätte planerisch ausgewiesen hat, an ihrer Stelle sogleich ein großes Loch zu liegen kommt.

Lassen Sie uns gemeinsam, im Sinne der gemeinsamen Erklärung von BUND und der Abgrabungsindustrie, die Probleme an allen Fronten flexibel angehen:

- Es ist kontraproduktiv, wenn durch ständig verschärfte Grenzwerte der Einsatz von Recyclingbaustoffen zurückgedrängt wird und diese deponiert werden müssen.
- Lassen Sie uns das Instrument des Vertragsnaturschutzes insbesondere langfristig ausbauen, auch wenn es von Brüssel als unzureichend angesehen wird. Brüssel ist nicht die Schlange und wir sind nicht das Kaninchen!
- Auch das Ökokonto sollte mehr genutzt werden. Sinnvoll eingesetzt ist es kein Ablasshandel mit der Natur, wie unlängst behauptet wurde.
- Und gehen Sie bitte von unserer Industrie als einem Partner aus, der seine berechtigten ökonomischen Interessen nicht gegen Ihre berechtigten ökologischen Belange durchsetzen will. Wir kommen nur gemeinsam weiter!

Lassen Sie mich zum Schluss noch aus einer sicherlich unverdächtigen Veröffentlichung etwas zum Thema der langfristigen Rohstoffsicherung zitieren. In den Vorschlägen zu einem *Maßnahmenkatalog zur Rohstoffsicherung* des Bund-Länder-Ausschusses Bodenforschung vom 8.10.2004 heißt es:

„Eine nur am aktuellen Bedarf orientierte raumplanerische Rohstoffsicherung mit kurzen Planungszeiträumen ist nicht nachhaltig und sollte deshalb bei der Landes- und Regionalplanung nicht zugrunde gelegt werden.“

Dem habe ich nichts hinzuzufügen! Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ach übrigens, während Sie meinem Vortrag zugehört haben, haben Sie schon wieder jeder für sich 300 g Rohstoffe verbraucht!